



# PROTOKOLL

---

**LANDKREIS  
ERDING**

**öffentlich**

**Büro des Landrats  
BL**

Alois-Schieß-Platz 2  
85435 Erding

Ansprechpartner/in:  
Angelika Wackler

Zi.Nr.: 209

Tel. 08122/58-1144  
Fax 08122/58-1109  
angelika.wackler@lra-  
ed.de

## **18.Sitzung des Ausschusses für Bildung und Kultur am 11.06.2018**

Erding, 09.08.2018  
Az.:  
2014-2020/ABiKu/018

### **Anwesend und stimmberechtigt sind die Kreisräte:**

Bauernfeind, Petra	Vertretung für Siegfried Fischer
Biller, Josef	
Dieckmann, Ulla	Vertretung für Simone Jell
Glaubitz, Stephan	
Kressirer, Maximilian	
Mayr, Elisabeth	
Oberhofer, Michael	
Puschmann, Dr. Christoph	
Rudolf, Ludwig, Dr. med.	
Scheumaier, Bernd	
Slawny, Manfred	
Treffler, Christina	

### **sowie als Vorsitzender:**

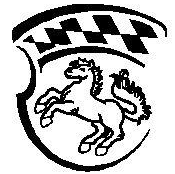
Bayerstorfer, Martin, Landrat

### **von der Verwaltung:**

Fiebrandt-Kirmeyer, Claudia	Pressesprecherin + Kultur TOP 4,5
Fuchs-Weber, Karin	Büro Landrat
Fusarri, Nadia	Landkreisaufgaben

Huber, Matthias  
Widl, Daniela  
Wackler, Angelika

Liegenschaftsmanagement, TOP 7  
Kreientwicklung, TOP 1, 2, 3  
Protokoll



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

**Ferner nehmen teil:**

Frau Bauer, Leiterin Staatliches Schulamt Erding  
Frau Brand, Schulleiterin Katharina-Fischer-Schule Erding  
Herr Neubert, Stellv. Schulleiter Herzog-Tassilo-Realschule

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 14:03 Uhr. Er stellt fest, dass form- und fristgerecht geladen wurde und Beschlussfähigkeit besteht. Ergänzungs- oder Änderungswünsche werden nicht vorgetragen. Somit gilt folgende

**Tagesordnung**

**I. Öffentlicher Teil:**

1. Herzog-Tassilo Realschule - Antrag auf Schulprofil Inklusion  
Vorlage: 2018/2441
2. Beauftragung eines Gutachtens zur Prognose der Schülerentwicklung an den Mittelschulen im Landkreis Erding  
Vorlage: 2018/2422
3. Einrichtung einer Stütz- u. Förderklasse im Landkreis Erding  
Vorlage: 2018/2488
4. Kulturförderung - Zuschuss zur Erweiterung der Museumsflächen und Außenanlagen am Heimatmuseum Thal  
Vorlage: 2018/2479
5. Kulturförderung - Zuschuss zur Erstellung einer Theaterbühne am Bürgerhaus Unterhofkirchen  
Vorlage: 2018/2480
6. Bekanntgaben und Anfragen
- 6.1. Anfrage von KR Glaubitz zum Anne-Frank-Gymnasium



## 1. Herzog-Tassilo Realschule - Antrag auf Schulprofil Inklusion Vorlage: 2018/2441

**Der Vorsitzende** begrüßt Herrn Neubert, Stellv. Schulleiter der Herzog-Tassilo-Realschule (HTR). Er verweist auf den umfangreichen Vorlagebericht, der sehr deutlich und nachvollziehbar erkläre, weshalb die HTR sich auf den Weg zu einer Realschule mit dem Schulprofil Inklusion begeben habe. Er findet, dass dies eine hervorragende Initiative sei, welche unterstützt werden sollte. Er bedankt sich auch bei der HTR, die sich dazu entschlossen habe, diesen intensiven Weg zu gehen.

**Kreisrätin Dieckmann** erklärt, dass sie diese Initiative sehr begrüßen würde. Sie möchte wissen, ob es für das Schulprofil zusätzliche Lehrerstunden gebe und ob diese dann auch erhöht werden würden, wenn es mehr Kinder mit Inklusionsbedarf gebe. Sie weist darauf hin, dass für die Schulsozialarbeit nur 8 bis 10 Stunden pro Woche eingeplant seien und fragt, ob dies auf Dauer ausreichen sei.

**Herr Neubert** antwortet, dass man für das Schulprofil Inklusion, wenn der Kreistag dem Antrag zustimme und dieser dann endgültig vom Kultusministerium gewährt werden würde, insgesamt 4 Lehrerstunden erhalten könne. Er fügt hinzu, dass diese 4 Stunden schon eine relativ große Zahl seien.

Zur Frage nach der Schulsozialarbeit meint er, dass ein gewisser steigender Bedarf da sein könnte, z. B. bei der Begleitung der Eltern/Klasse wenn Schüler mit Autismus neu dazukämen.

**Kreisrat Kressirer** merkt an, dass es als Sachaufwandsträger immer ein Thema sei, mit welchen finanziellen Mittel dies verbunden wäre. Er fragt nach, ob tatsächlich kein Aufwand entstünde, z. B. für Akustiktechnik, Aufzüge oder anderweitige Ausstattung für Fachräume.

**Herr Neubert** antwortet, dass man diese Frage aktuell mit JA beantworten könne. Ein Aufzug sei vorhanden und die Fachräume seien auch entsprechend ausgerüstet. Er berichtet, dass man momentan folgende Kinder mit Inklusionsbedarf habe: fünf autistische Kinder und zwei hörbehinderte Kinder. Für das kommende Jahr erwarte er noch 2 weitere autistische Kinder und eines werde die Schule verlassen. Es seien keine körperbehinderte Schüler angekündigt, für die man vielleicht spezielle bauliche Maßnahmen benötigen würde. Wie es sich in weitere Zukunft entwickle, müsse man sehen.

Da keine weiteren Wortmeldungen erfolgen, verliert **der Vorsitzende** den folgenden Beschlussvorschlag:

### **Beschluss: ABiKu/0052-20**

Die Zustimmung des Sachaufwandsträgers zum Gesamtkonzept und zum Antrag auf Schulprofil Inklusion wird erteilt.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 13 : 0 Stimmen**



LANDKREIS  
ERDING

Büro des Landrats  
BL

## 2. **Beauftragung eines Gutachtens zur Prognose der Schülerentwicklung an den Mittelschulen im Landkreis Erding** **Vorlage: 2018/2422**

**Der Vorsitzende** berichtet, dass das letzte Gutachten aufgrund eines Antrags vom Schulrat Georg Mittermeier vom Landkreis in Auftrag gegeben wurde. Dieses Gutachten habe man damals auch als Basis für die Gründung der Mittelschulverbände verwendet. Er merkt an, dass der Landkreis nicht direkt die Zuständigkeit für den Bereich Mittelschulen habe, aber er habe sehr wohl Zuständigkeit, wenn es um die Beförderung der M-Zug Schüler gehe. Er berichtet weiter, dass der Landkreis damals politisch beschlossen habe, die Beförderungskosten zu übernehmen und dies dann auch Auswirkungen auf die Schulbedarfsplanungen habe, Stichwort Übertritts Quote oder Raumbedarf. Deshalb halte er den Antrag auch für sehr sinnvoll.

Natürlich werde man, wie damals, in Abstimmung mit dem Staatlichen Schulamt vorgehen. Er erklärt, dass die Schulverbände immer nur auf 5 Jahre geschlossen seien und es damit auch sein könnte, dass ein Schulverband gekündigt werden würde. Dann müsse man dies auch wieder neu aufbereiten. Auch Fragen wie, Entwicklung der künftigen Übertrittsquoten, Entwicklung/Sicherung des Bestandes und Aktualität der Schulverbände könne man klären. Er fügt hinzu, dass ihm von Mittelschulverbänden berichtet wurde, dass sich aufgrund von Veränderungen in den jeweiligen Bereichen und Nachbarlandkreisen, Stichwort Zuweisungen, durchaus Entwicklungen ergeben hätten, die man nun berücksichtigen sollte.

**Der Vorsitzende** berichtet noch, dass in Nachbarlandkreisen Gemeinden komplett übersehen wurden. Zudem könne sich der Landkreis, bei Vorlage von aktuellen Daten, entsprechend positionieren bzw. habe man eine Grundlage für künftige, politische Entscheidungen

**Kreisrätin Dieckmann** merkt an, dass er bereits erläutert habe, dass wir dafür nicht direkt zuständig seien. Sie findet, dass zuerst alle BürgermeisterInnen um ihr Einverständnis gebeten werden sollten. Sie erklärt, dass es gut funktionierende Mittelschulverbände gebe und sie annehme, dass es vor Ort auch Daten gebe. Sie verweist auch noch auf den Datenschutz bzw. die Datensicherheit. Zusammenfassend könne sie ansonsten heute nicht zustimmen.

**Der Vorsitzende** antwortet, dass das Landratsamt als Sicherheitsbehörde natürlich auch den Datenschutz berücksichtigen werde. Er fügt hinzu, dass man ganz normal bei den Gemeinden anfragen bzw. die Bitte äußern werde, die Daten mitzuteilen. Diese könnten dann selbst entscheiden. Er berichtet noch, dass nach seinem Wissen, gerade von den Bürgermeister Fragen aufgekommen seien, wie es nun weitergehen würde, mit Blick auf den vorliegenden 5 - Jahresvertrag.

**Kreisrätin Treffler** kommt die aufgeführte Kostenschätzung, in Höhe von ca. 15.000 €, sehr hoch vor. Sie erinnert an das Schulgutachten für das 9+2 Modell und fragt, mit welchen Zahlen die FH f. a. M. gearbeitet habe. Zudem möchte sie wissen, ob die 5 – Jahres – Statistik und andere vorliegenden Daten nicht bereits ausreichen bzw. genutzt werden könnten.



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

**Der Vorsitzende** antwortet, dass die Fachhochschule für angewandtes Management (FH f. a. M.) diese Leistung leider nicht mehr anbiete. Der Landkreis wurde fast 10 Jahre von der FH für angewandtes Management (FH f.a.M.) in diesen Fragen begleitet und diese hätten, unter anderem mit Diplomstatistikerinnen, sehr detailliert gearbeitet. Beim letzten Gutachten habe man die FH f. a. M. jedoch auch in Frage gestellt und daraufhin habe sich der Ausschuss darauf geeinigt diesmal den *Planungsverband Äußerer Wirtschaftsraum* und das *Institut für Sozialplanung, Jugend- und Altenhilfe, Gesundheitsforschung und Statistik (SAGS)* zu beauftragen. Für die Realschulen und die Gymnasien habe man auch bereits entsprechende Grundlagen/Datenerfassungen vornehmen lassen, weshalb man auch der Meinung sei, dass dieses Gutachten hier genau richtig wäre.

Daten zur Entwicklung über die genannten 5 Jahre hinaus und über die Entwicklung der Gemeinden, den Schulverbänden, habe man jedoch noch nicht erfasst. Er fügt hinzu, dass ein Blick auf die Struktur der Schülerbeförderung, des Übertrittsverhaltens und auf Kapazitätsthemen für eine realistische, bessere Einschätzung der Kostenübernahme sehr sinnvoll wäre. Er berichtet noch, dass der damalige Schulamtsleiter die dringende Bitte/Wunsch an den Landkreis herangetragen habe, dass der Landkreis sich mit dem Thema/Entwicklung befasse, auch über die genannte 5-Jahres-Prognose hinaus. Er fügt hinzu, dass es die 5-Jahres-Statistik bereits damals gegeben habe.

**Frau Bauer** berichtet, dass es 5-Jahres-Statistiken gebe, die aktualisiert werden und die auch direkt an die Regierung gehen. Zudem werde sie als Vorlage für die Zuweisung der Lehrkräfte genutzt. Es sei sehr wichtig, dass man hier nicht einen Zeitraum von 10 Jahren habe, da sich Schülerzahlen ständig auch nach aktuellen Situationen ändern würden. Gerade habe das Landesamt für Statistik die Schülerzahlen für die Grundschulen sehr revidiert, da man hier zu konservativ gerechnet habe. Auch aufgrund der aktuellen Situation durch die Flüchtlinge, die zu uns kommen. Hier einen zu großen Zeitraum zu nehmen, sei aus gutem Grund nicht gemacht worden.

Sie erklärt weiter, dass sie sich die 5-Jahres-Statistiken nochmals genau angeschaut habe, da die Meldungen der Schulen zur Klassenbildung eingegangen seien. Und diese seien sehr, sehr zutreffend. Man habe an unseren Standorten, über die Prognose hinaus, durchgehend bis auf eine Schule Zuwächse. Zum Teil besonders an den kleinen Schulen, die immer Sorgen gemacht hätten, wie z. B. Oberding, Wörth, Forstern. Sie berichtet, dass die Standorte die letzten ein, zwei Jahre eher stabile Schülerzahlen gehabt hätten und jetzt wieder deutlich im Ansteigen seien.

Sie erklärt, dass es Verbünde gebe und sie keinen Anlass habe, an diesen Verbänden zu zweifeln. Auch von den Nachbarlandkreisen habe man hier keine großen Einflüsse, nämlich gar keine Einflüsse. Gerade habe man sich mit den Vorbereitungsklassen in Niederbayern, den zwei Standorten in Haag und in Buch beschäftigt. Sie fügt hinzu, dass Wartenberg äußerst stabil wäre und man nach wie vor sehr hohe Schülerzahlen habe. Auch der Standort Finsing übertreffe ihre Vermutungen. Auch hier könne sie keine Einflüsse aus anderen Landkreisen feststelle. Auch der Verbund Dorfen habe sich deutlich stabilisiert und werde sich nach ihrer Einschätzungen auch weiter stabilisieren, da man aufgrund der Autobahn einen

Zuzug erwarte. Abschließend erklärt sie, dass aus ihrer Sicht, diese 5-Jahres-Statistiken zielführend und ausgesprochen aussagekräftig seien.



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

**Kreisrat Oberhofer** möchte zuerst die Aussage bekräftigen, dass man die Erfolgsgeschichte der Mittelschule und Mittelschulverbände weiterführen und alle Standorte erhalten möchte. Dies sei für ihn ein ganz wichtiger Punkt. Er findet, dass diese 5-Jahres-Statistik ein wunderbares Instrument für 5 Jahre sei und man überlegen könne, ob 5 Jahre als lang oder als kurz angesehen werden würde. Wenn er sich korrekt erinnere, habe man für das Gutachten für Gymnasien/ andere weiterführende Schulen einen Zeithorizont von 10 Jahren gewählt. Deshalb könne man auch sagen, dass der Antrag nicht ganz korrekt wäre, sondern ein längerer Zeithorizont gewählt werden sollte. Dann handle man konkludent und man habe auch einen tatsächlichen Vergleich, zu den anderen Schulen. Damit habe man auch den Wert der 5-Jahres-Statistik in keiner Weise geschmälert und vielleicht gelinge es auch durch hinzunehmen von bereits vorhandenen Daten, den einen oder anderen Euro einzusparen.

**Der Vorsitzende** resümiert, dass damit vom Antragssteller eine Erweiterung des Planungshorizonts auf 10 Jahre, damit 2028, vorliege.

**Kreisrat Oberhofer** bestätigt dies.

**Kreisrätin Dieckmann** findet auch, dass man die Mittelschulen stärken müsste. Frau Bauer habe erläutert, dass man mit der 5-Jahre- Statistik über plausible Zahlen verfüge und man wisse, wo man hinsteuere. Auch sehe es momentan sehr gut für die Verbände aus. Für einen Blick in die Zukunft benötige man auf jeden Fall die Hilfe der Kommunen. Deshalb stelle sie den Antrag, erst in einer Bürgermeister-Dienstbesprechung (BgmD) mit den Bürgermeistern zu sprechen und deren Zustimmung abzufragen.

**Der Vorsitzende** merkt an, dass dies dann wohl auch für alle Bereiche gelte. Man damit also zu allem, was die Bgmer betreffe, z. B. in der Jugendhilfeplanung, Landschafts-/Wasserschutzgebiete, man immer künftig erst die Bgm in der BgmD abstimmen lasse, als demokratisches Gremium, welches neuerdings eingeführt werden würde. Er erklärt, dass er ein anderes Selbstverständnis von dem Gremium Kreistag habe. Dieses sei souverän gewählt worden, mit einer Zuständigkeit für den gesamten Landkreis.

**Kreisrat Glaubitz** merkt an, dass er: *„ihre Persiflage auf Frau Dieckmann nicht anständig findet.“* Dies entspreche nicht einem Sitzungsverlauf.

**Der Vorsitzende** bittet darum, die Wortmeldung von KR Glaubitz wörtlich aufzunehmen, da man immer das Problem habe, dass er sich nachher entschuldige und erkläre, dass er etwas anderes gesagt habe.

**Kreisrat Glaubitz:**

„Was dieses Problem jetzt mit dieser Schülerprognose angeht, da möchte ich doch einmal darauf verweisen, dass das Zahlenmaterial was erarbeitet wurde von der FH f. a. M. zu der Einrichtung von Vorbereitungsklassen insofern als kläglich zu bezeichnen ist, als das sich auf Nachfrage herausgestellt hat, dass es sich nicht um einen Untersuchungsauftrag sondern



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

um einen Präsentationsauftrag gehandelt hat. Das heißt, dass kein wissenschaftlicher Text, kein Zahlenmaterial dem Ganzen zu Grunde lag. Also mir wurde jedenfalls auf häufige Nachfrage nichts dergleichen zur Verfügung gestellt. Außerdem hat sich herausgestellt, dass sehr genaue Arbeiten, auch von der Gemeinde Finsing, nicht berücksichtigt wurden, obwohl sie in dem Zeitraum der Untersuchung durchaus schon vorlagen. Und das Ganze war sehr hübsch aufgemacht, wurde zwar schlecht präsentiert, aber hat bestimmt einige zig Tausend Euro gekostet, nehme ich an, dieses Gutachten. Deswegen möchte ich jetzt bei dieser Präsentation, wie KRin Treffler das auch gesagt hat, diese 15.000 € für diese Schülerprognose in Frage stellen. Besonders da auch ich jetzt Frau Bauer so verstanden habe, als das diese 5-Jahres-Prognosen, die es schon gibt, schon sehr aussagekräftig sind. Ich würde so einer Prognose nur zustimmen, wenn ich wüsste, dass dadurch ein echter Erkenntnisgewinn zu erwarten ist. Das wäre jetzt so mein Punkt dazu gewesen.“

**Der Vorsitzende** erinnert daran, dass nicht die FH f. a. M. diese Erhebung durchführen werde. Er findet, dass, wenn man die Erhebung nun einer sachkundigen Stelle übergebe, dies nicht wieder auf das andere bezogen werden sollte.

Man habe für die Fortschreibung der Realschulen und Gymnasien mit dem PV-München und dem SAGS zusammengearbeitet und werde dies nun wieder tun.

**Kreisrat Kressirer** sagt, dass er den Antrag nicht ganz verstehen und er einem Gutachten nicht zustimmen könne. Die Zahlengrundlage, die durch die 5-Jahres-Prognose vorliege, sei sehr verlässlich. Dies habe auch Frau Bauer bestätigt. Zudem liege die originäre Aufgabe beim Schulamt.

**Kreisrat Slawny** spricht den Bereich Taufkirchen an und fragt, wie man, wenn es diese Statistikerhebung geben würde, das Ganze so festsetzen könne, dass die Gemeinden in Niederbayern die eventuell in einem Schulverbund sind, weiter mitwirken würden. Dies sei ja nicht eine Frage von statischen Zahlen, sondern eine politische Entscheidung, auf die man selbst keinen Einfluss habe.

Er erklärt, dass die Mitglieder des KT Beschlüsse fassen würden, bei denen die Zuständigkeiten zugesichert seien. In diesem Falle also für Schulen, wie die Realschule, Gymnasien und die Förderschulen. Im heutigen Falle gehe es jedoch um die Mittelschulen, wo er den Hauptaufwandsträger im Bereich der Kommunen sehe. Auch wenn gewisse finanzielle Unterstützungen im Bereich der Beförderungen geleistet werden. Er hätte hier ebenfalls einen anderen Weg gesehen, nämlich, dass z. B. die Kommunen oder der Schulrat einen Antrag hätte stellen können, dass dies für den ganzen Landkreis eventuell interessant sein könnte. Er fügt hinzu, dass er momentan dem Antrag so nicht zustimmen könne.

**Der Vorsitzende** antwortet, dass es vielleicht etwas anders wäre wie sonst in den Nachbarlandkreisen. Bei diesem Vertrag habe der Lkr. Erding auch seine Zustimmung gegeben. Er stelle sich die Frage, weshalb man den Vertrag überhaupt unterschrieben habe, wenn, wie von ihm dargestellt, keine Zuständigkeit beim Landkreis liege. Zudem liege die Verantwortung zu Untersuchungen, Entwicklungen und Überlegungen nicht ausschließlich nur beim Staatlichen Schulamt.



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

Im Anschluss resümiert der Vorsitzende, dass nun ein Antrag und Gegenanträge vorlägen. Aus Sicht der Kosten, sei der weiterführende Antrag, einen Auftrag für ein Schulgutachten zu geben. Allerdings habe dann KRin Dieckmann keine Möglichkeit mehr zu intervenieren. Er fügt hinzu, dass sie nun gerne nochmals ihren Antrag stellen könne.

**Kreisrätin Dieckmann** stellt den Antrag, dass erst in einer BgmD alle Bürgermeister ihre Zustimmung geben müssten.

**Der Vorsitzende** merkt an, dass nicht alle Gemeinden eine Schule hätten und hinterfragt, wie z. B. mehrheitlich, bzw. wer z. B. nur Betroffene mit abstimmen sollte.

**Kreisrätin Dieckmann** präzisiert, dass alle Bgmer, nicht nur die Betroffenen, zustimmen müssten.

**Der Vorsitzende** merkt an, dass dies zu Protokoll gegeben werden sollte, da er davon ausgehe, dass dies auch künftig bei anderen Themen von ihr gewünscht werden würde, dass alle Bürgermeister immer 100 % zustimmen müssten, wenn der Lkr. etwas mache, auch wenn die ausschließliche Zuständigkeit nicht ganz beim Landkreis liege.

**Kreisrätin Dieckmann** fügt hinzu, dass es dann im Ausschuss für Bildung und Kultur wieder behandelt werden könnte.

**Kreisrat Oberhofer** meldet sich direkt zum Antrag zu Wort und sagt, dass er gerne eine Brücke bauen möchte. Eine einstimmige Zustimmung der Bgmer sehe er skeptisch und regt deshalb an, einen Art Vorratsbeschluss zu fassen unter der Voraussetzung, dass dieses Thema auf einer BgmD thematisiert werden wird. Man könne sich im Gremium BgmD darüber austauschen und diskutieren, aber man müsse keinen Beschluss dazu fassen. Zudem habe man dann erreicht, was die Fraktion wollte, nämlich dass man über dieses Thema diskutiere

**Kreisrätin Dieckmann** antwortet, dass ihr ein „Thematisieren“ zu wenig wäre, wenn, dann müsse man ein einheitliches Meinungsbild herausarbeiten.

**Der Vorsitzende** fasst zusammen, dass KRin Dieckmann den Antrag gestellt habe, dass dieses Thema in einer Bürgermeister-Dienstbesprechung vorab geklärt werden müsste, um dies überhaupt weiter unterstützen zu können. Er fügt hinzu, dass dafür eine Einstimmigkeit hergestellt werden müsste.

**Kreisrat Glaubitz** merkt an, dass es doch auch noch Schulverbandsitzungen gebe und fragt, ob dies nicht sogar das bessere Gremium wäre.

**Der Vorsitzende** antwortet, dass dies kein demokratisches Gremium sei.

**Der Vorsitzende** bittet um Handzeichen zum Antrag von KRin Dieckmann:

**Abstimmungsergebnis:** Ja: 5 : Nein: 8      mehrheitlich abgelehnt  
(Nein Stimmen: 6x CSU Fraktion, KR Kressirer, Vorsitzender)





LANDKREIS  
ERDING

Büro des Landrats  
BL

**Kreisrat Glaubitz** beantragt, beim Schulamt anzufragen, ob diese das Gutachten befürwortet bzw. die Notwendigkeit sieht. Dann könne er zustimmen.

**Der Vorsitzende** bittet um Handzeichen zum Antrag von KR Glaubitz:

**Abstimmungsergebnis:** Ja 4 : Nein 9      mehrheitlich abgelehnt  
(*Nein Stimmen: 6x CSU Fraktion, KRin Dieckmann, KR Slawny, Vorsitzender*)

Abschließenden verliest **der Vorsitzende** den folgenden, Beschlussvorschlag:

### **Beschluss: ABiKu/0053-20**

Der Planungsverband Äußerer Wirtschaftsraum München sowie das Institut für Sozialplanung, Jugend- und Altenhilfe, Gesundheitsforschung und Statistik werden mit der Erstellung eines Gutachtens zur Prognose der Schülerentwicklung an den Mittelschulen im Landkreis Erding mit Prognosehorizont bis 2028 beauftragt.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 7 : 6 Stimmen**

(*Nein Stimmen: KR Slawny, KRin Dieckmann, KR Glaubitz, KRin Treffler, KRin Bauernfeind, KR Kressirer*)

### **3. Einrichtung einer Stütz- u. Förderklasse im Landkreis Erding Vorlage: 2018/2488**

**Der Vorsitzende** verweist auf den umfangreichen Vorlagebericht und berichtet, dass ihm auch eine Stellungnahme der Schulamtsleitung vorliege in dem mitgeteilt wurde, dass man so etwas grundsätzlich unterstütze. Er merkt an, dass hier eine Sonderkonstellation vorliege, da man bei diesem Modell die Stütz- und Förderklasse an einer Grundschule unterbringen wolle.

**Kreisrat Oberhofer** möchte noch zur Entwicklung des Vorgangs berichten, dass das Schulamt einen Bedarf festgestellt habe. Er sei dankbar, dass das Schulamt somit einen Handlungsauftrag gegeben habe und man dann ins Gespräch gekommen sei. In der Recherche habe man festgestellt, dass es gut wäre, diese Stütz- und Förderklasse im Berchtesgadener Modell einzurichten. Das Besondere bei diesem Modell sei, dass die Mittelschule mit im Boot sei, mit einem/-er Grundschullehrer/-lehrerin. Damit habe man die Möglichkeit, die Förderschule und die Regelschule zusammen zu bringen. Er findet, dass dies eine hervorragende Sache sei und bittet um die breitmöglichste Unterstützung.

**Kreisrätin Dieckmann** erklärt, dass man diesem Antrag nur zustimmen könne und gibt auch KR Oberhofer Recht.

**Kreisrätin Bauernfeind** begrüßt den Vorschlag ebenfalls. Sie fragt, nach welchen Kriterien der Standort ausgesucht werden soll und ob in Erding nicht auch Bedarf dafür wäre.



LANDKREIS  
ERDING

Büro des Landrats  
BL

**Der Vorsitzende** berichtet von Überlegungen, den Standort in Dörfen anzusiedeln. Natürlich werde man auch noch mit der Schulleitung in Erding, Frau Brand, sprechen, ob dies für Erding auch interessant wäre. Er erklärt, dass die ursprüngliche Zuständigkeit im Bereich der Landkreisaufgaben bei den Förderzentren liege. Die Entscheidung müsse dann getroffen werden unter Berücksichtigung der räumlichen und personellen Möglichkeiten. Zudem müsse man die Transportkosten berücksichtigen. Wenn es um eine Zusammenarbeit mit einer Grundschule gehe, werde man mit Frau Bauer vom Schulamt sprechen. Dann sei jedoch nicht nur das staatliche Schulamt betroffen, sondern auch die betroffenen Bürgermeister. Er fügt hinzu, dass letztendlich der Landrat sachlich, nüchtern, auch unter Berücksichtigung der Jugendhilfe, über den Standort entscheiden werde, da es um den Einsatz der Mitarbeiter/Sozialpädagogen gehe. Wenn man die noch notwendigen Informationen eingeholt habe, werde man diese dann auch im Bildungsausschuss vorstellen.

**Kreisrat Glaubitz** merkt an, dass er die Einrichtung grundsätzlich sehr gut finden würde. Er sagt, dass er verwundert darüber war, wer diesen Antrag unterschrieben habe. Nämlich niemand, der mit diesem speziellen Bereich direkt zu tun habe oder eine Förderschule, die den Bedarf festgestellt hatte. Er findet, dass der Antrag etwas beliebig wäre und er habe den Verdacht, dass ein anderer Wunsch dahinter stecke. Vermutlich stehe der Standort bereits fest, denn ohne die Standortfrage mache der Antrag für ihn keinen Sinn. Er fragt, ob man dazu noch mehr Informationen erhalten könne.

**Der Vorsitzende** antwortet, dass man in einer Parteiendemokratie lebe und ein sonderpädagogisches Förderzentrum keinen Antrag stellen könne. Er erklärt, dass Anträge nur vom Kreistag, damit von den Mitgliedern des Kreistages und dem Landrat, eingereicht und begründet werden könnten. Er fügt hinzu, dass im Vorlagebericht einiges aufgeführt sei, z. B. auch, dass das Schulamt hier einen Bedarf sehe.

**Kreisrat Oberhofer** fügt hinzu, dass der Antrag inhaltlich sehr stark an die Informationen des Ministeriums zu diesem Schulmodell angelehnt wurde und er bewusst allgemeiner gehalten worden sei. Man wolle nun das politische Signal senden, dass eine Einrichtung sinnvoll sei. Natürlich habe er eine persönliche Meinung bzw. Präferenz zum möglichen Standort, dies liege jedoch nicht in seiner Entscheidung. Abschließend fügt er an, dass er es: „*sehr charmant finden würde*“ wenn man es z. B. in Dörfen an der Förderschule einrichten würde.

Da keine weiteren Wortmeldungen erfolgen, verliert **der Vorsitzende** den folgenden Beschlussvorschlag:



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

**Beschluss: ABiKu/0054-20**

Entsprechend dem Antrag der CSU-Fraktion vom 21.05.2018 soll seitens der Verwaltung die Errichtung einer Stütz- und Förderklasse (SFK) im Landkreis Erding näher geprüft werden. Soweit ein konkreter Bedarf festgestellt wird soll die Stütz- u. Förderklasse dann in der Folge, zusammen mit dem Fachbereich 21 Jugend und Familie und den zuständigen schulischen Stellen, auf den Weg gebracht werden. Für diese Klasse soll im angemessenen, notwendigen Umfang eine sozialpädagogische Fachkraft seitens des Landkreises Erding zur Verfügung gestellt werden.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 13 : 0 Stimmen**

**4. Kulturförderung - Zuschuss zur Erweiterung der Museumsflächen und Außenanlagen am Heimatmuseum Thal**  
**Vorlage: 2018/2479**

**Der Vorsitzende** verweist auf den Vorlagebericht und erklärt, dass für die Ertüchtigung der Außenanlagen am Heimatmuseum Thal ein Zuschuss über die Kulturförderrichtlinien in Höhe von 958,99 € gewährt werden könnte.

Da keine Wortmeldungen erfolgen, verliert **der Vorsitzende** den folgenden Beschlussvorschlag:

**Beschluss: ABiKu/0055-20**

Den Oldtimerfreunden Kirchberg wird für die Ertüchtigung der Außenanlagen am Heimatmuseum Thal ein Zuschuss in Höhe von 958,99 € gewährt.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 13 : 0 Stimmen**

**5. Kulturförderung - Zuschuss zur Erstellung einer Theaterbühne am Bürgerhaus Unterhofkirchen**  
**Vorlage: 2018/2480**

**Der Vorsitzende** erklärt, dass die Gesamtkosten laut Vorlagebericht bei 40.509,47 € lägen. Entsprechend der 10 % Regelung in den Kulturförderrichtlinien könne man den Bau der Theaterbühne mit 4.050,94 € bezuschussen.

Da keine Wortmeldungen erfolgen, verliert **der Vorsitzende** den folgenden Beschlussvorschlag:

**Beschluss: ABiKu/0056-20**

Der Bau der Theaterbühne mit Vorhang und Technik am Bürgerhaus Unterhofkirchen wird mit insgesamt 4.050,94 € bezuschusst.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 13 : 0 Stimmen**



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

## 6. Bekanntgaben und Anfragen

### 6.1. Anfrage von KR Glaubitz zum Anne-Frank-Gymnasium

**Kreisrat Glaubitz** fragt an, wie weit die Planung, Pläne seien und ob Informationen zum Baubeginn vorlägen, für den geplanten Ausbau vom Anne-Frank-Gymnasium. Zudem möchte er wissen, ob im Erdgeschoss eine rollstuhlgängliche Toilette eingebaut werden wird.

**Der Vorsitzende** antwortet, dass es entsprechende Planungen und Vorschläge gebe und die Vorstellung dieser, für die Tagesordnung des nächsten Ausschusses für Bauen und Energie geplant sei.

Nachdem sich keine weiteren Wortmeldungen ergeben, beendet der Vorsitzende den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses für Bildung und Kultur.

Vorsitzender

Protokoll

Martin Bayerstorfer  
Landrat

Angelika Wackler  
Verwaltungsangestellte